

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Ausstieg mit Augenmaß

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur aktuellen Lage in Japan

„Die Katastrophe in Japan hat geradezu apokalyptisches Ausmaß“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung zur aktuellen Lage in Japan an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag. „Was immer wir tun können, tun wir“, betonte sie, auch angesichts des 150-jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan. Die Bundeskanzlerin sicherte dem japanischen Volk und der japanischen Regierung nach der dreifachen Katastrophe durch Erdbeben, Tsunami und Reaktorunfall die Hilfe Deutschlands zu.

Die Folgen dieser Katastrophe seien noch überhaupt nicht absehbar. Der Alptraum habe noch kein Ende gefunden, sagte die Kanzlerin. Merkel bat die Deutschen, mit unmittelbarer Hilfe ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Damit unterstützte Merkel den Aufruf namhafter deutscher Hilfsorganisationen und des Bundespräsidenten. Bundespräsident Wulff hatte am Mittwoch dafür geworben: „Es ist eine Hilfe unter Freunden.“ Die Ereignisse in Japan seien ein Einschnitt für Europa und für Deutschland. „Wir können und dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen“, sagte Merkel. Die Risiken der Kernkraft müssten neu bewertet werden. Die Katastrophe in Japan zeige, dass das scheinbar Unmögliche doch möglich werden könne. „Das verändert die Lage“, sagte die Kanzlerin. Als Ausdruck „äußerster Vorsorge“ habe die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden der Bundesländer aufsichtsrechtliche Maßnahmen ergriffen und die sieben ältesten Kraftwerke in Deutschland vorübergehend abgeschaltet.

„Es gilt der Grundsatz: Im Zweifel für die Sicherheit.“ Alle Kernkraftwerke werden überprüft, nach einem dreimonatigen Atom-Moratorium werde entschieden, stellte Merkel klar. Für die dreimonatige Betriebseinstellung sieht das Atomgesetz eine einschlägige Rechtsgrundlage vor. Sie wandte sich damit gegen Vorwürfe, juristisch auf unsicherer Grundlage zu handeln. „Ein derartiger Verdacht ist

im Atomrecht dann gegeben, wenn sich wegen begründeter Unsicherheiten im Rahmen der Risikovor-sorge Schadensmöglichkeiten nicht völlig ausschließen lassen“, erläuterte Merkel.

Sie will in der Europäischen Union und auf der Ebene der G20-Staaten über einheitliche Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke sprechen. „Ich unterstütze die Initiative für einen EU-weiten Stresstest für Kernkraftwerke“, sagte die Kanzlerin. „Wir brauchen in der gesamten EU hohe Sicherheitsstandards.“ Die Regierung wolle so schnell wie möglich das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen, sagte Merkel. Sie wandte sich dagegen, die Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten, aber dann Strom aus Kernkraftwerken anderer europäischer Länder zu beziehen. „Das ist mit mir nicht zu machen“, stellte sie klar. „Wir brauchen einen Ausstieg mit Augenmaß“, forderte die Kanzlerin.

Wer erneuerbare Energien wolle, dürfe jetzt den zügigen Ausbau neuer Stromnetze nicht verweigern, betonte Merkel im Hinblick auf das zögerliche Verhalten von SPD und Grünen beim Thema Netzausbau.

Der Vorsitzende der Unionsfraktion Volker Kauder erläuterte, dass bereits vor der japanischen Katastrophe die Regierungskoalition mit dem neuen Energiekonzept den Einstieg in die erneuerbaren Energien geschafft und die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke erhöht habe. Er erinnerte daran, dass unter der rot-grünen Regierungsverantwortung auf diesem Gebiet Stillstand geherrscht habe. Rot-Grün habe sich den Ausstieg mit Verzicht auf Sicherheit erkaufte, kritisierte Kauder. In der jetzigen Denkpause werde alles noch einmal sorgfältig angeschaut. Dies bedeute aber auch, dass man jetzt am Beginn noch nicht klar sagen könne, was am Ende herauskommen soll. Das wäre nicht die gewünschte Überprüfung, sondern die Fortsetzung der Ideologie, die gerade nicht herauskommen solle, unterstrich Kauder. Das jetzt beschlossene Moratorium sei die Konkretisierung der Aussage „Sicherheit zuerst!“

Entschließungsantrag der Koalition

Unmittelbar nach der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur aktuellen Lage in Japan und der sich anschließenden Aussprache stimmte der Deutsche Bundestag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen einem Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP zu, in dem der Bundestag unter anderem folgendes feststellt: „Die Menschen in Japan sind Opfer einer bislang nicht dagewesenen Naturkatastrophe geworden. Bis zur Stunde sind die Folgen des Erdbebens und des Tsunamis für Leib und Leben der japanischen Bevölkerung und die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur kaum zu ermessen. Wir trauern um die Opfer, und unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen, die jetzt nicht nur den Verlust ihrer Angehörigen beklagen, sondern zugleich mit der gewaltigen Herausforderung konfrontiert sind, die notwendigen Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten vornehmen zu müssen. Als Partner und Freund Japans ist nun Deutschland in der solidarischen Pflicht, umfassende Unterstützung bei der Bewältigung der akuten Krisenfolgen und beim längerfristigen Wiederaufbau zu leisten.“ Der Deutsche Bundestag begrüßt in seiner Entschließung, dass „die Bundesregierung unmittelbar Soforthilfe bereitgestellt und weitere Maßnahmen in Aussicht gestellt hat.“ Ausdrücklich wird den vielen zivilen Kräften aus Deutschland gedankt, die bereits im oder auf dem Weg zum Katastrophengebiet sind. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusammen mit den zuständigen internationalen Stellen zügig eine detaillierte Analyse der Vorgänge in den japanischen Kernkraftwerken vorzunehmen und eine umfassende Überprüfung der Sicherheitsbestimmungen für die deutschen Kernkraftwerke durchzuführen. Dazu soll eine unabhängige Expertenkommission beauftragt werden, eine neue Risikoanalyse aller deutschen Kernkraftwerke und kerntechnischen Anlagen unter Einbeziehung der vorliegenden Erkenntnisse über die Ereignisse in Japan – insbesondere auch mit Blick auf die Sicherheit der Kühlsysteme und der externen Infrastruktur – sowie anderer außergewöhnlicher Schadensszenarien vorzunehmen. Außerdem soll die Bundesregierung „unverzüglich internationale Gespräche zur Sicherheit der Kernkraftwerke auf hochrangiger Ebene bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und auf der Ebene der EU“ aufnehmen.

Rheintalbahn anwohnerfreundlich ausbauen

Gleich zu Beginn der Plenarsitzung an diesem Freitag befasste sich der Deutsche Bundestag mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Anwohnerfreundlicher Ausbau der Rheintalbahn“. Hierin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Planung hinsichtlich der Trassenführung und des Lärmschutzes zwischen Mannheim und Basel im Sinne der Menschen spürbar zu verbessern. So heißt es in dem Antrag: „Um die Akzeptanz für den ökologisch bedeutsamen Verkehrsträger Schiene nicht weiter zu gefährden, ist die Trassenführung so zu gestalten, dass Menschen und Umwelt so wenig wie möglich belastet werden. Wo es trotzdem unumgänglich ist, muss dies möglichst umwelt- und anwohnerfreundlich geschehen.“ Ausdrücklich wird die hohe Transparenz des Planungsverfahrens unter öffentlicher Beteiligung gelobt. „Ein gutes Beispiel für die Einbindung der betroffenen Bevölkerung in die Planungen des Ausbaus ist die Arbeit des Projektbeirats Rheintalbahn. In ihm diskutieren Vertreter der Deutschen Bahn AG, der Bundes- und der Landesregierung, regionale Politiker und Mitglieder der Bürgerinitiativen.“ Diese Form der modernen Bürgerbeteiligung sei sehr zu begrüßen und unbedingt fortzusetzen. Die erarbeiteten Ergebnisse des Projektbeirats begrüßt der Deutsche Bundestag mit dem von den Koalitionsfraktionen angenommenen Antrag ausdrücklich. Des Weiteren fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf, die aktuellen Prognosewerte für 2025 zur Grundlage der anstehenden Planungen und Berechnungen zum Ausbau der Rheintalbahn-Strecke zu machen, in einem Modellprojekt weitere technische Innovationen für den Lärmschutz an der Rheintalbahn zu prüfen, die Umsetzung der Ergebnisse des Projektbeirates zu unterstützen, aufkommensneutrale lärmabhängige Trassenpreise obligatorisch zu machen, den Schienenbonus schrittweise abzuschaffen und die gesetzlichen Voraussetzungen für neue Planungen ab 2012 vorzulegen.

Zitat

«Wenn, wie in Japan, das scheinbar Unmögliche möglich, das absolut Unwahrscheinliche Realität wurde, dann verändert das die Lage.»
(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag in ihrer Regierungserklärung zu den Konsequenzen der Atomkatastrophe in Japan.)

In eigener Sache

16.03.2011 Podiumsdiskussion in Betzenweiler
Am Mittwoch hatte der Bauernverband Biberach-Sigmaringen zur Podiumsdiskussion in das Gasthaus "Traube" nach Betzenweiler eingeladen. Zum Thema "Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft in unserer Region und Baden-Württemberg" diskutierten die Landtagskandidaten von SPD, Grünen und FDP und Josef Rief für die CDU unter der Moderation von Andreas Gottschalk vom SWR. Die Diskussion befasste sich vorrangig mit den Themen Gentechnik, MeKa-Programm und Biogas.



14.03.2011 Pressemitteilung: Die Bundestagsabgeordneten Dr. Georg Nüblein (CSU) und Josef Rief (CDU) machen sich derzeit dafür stark, dass der Regionalexpress auf der Strecke der Illertalbahn von Memmingen nach Ulm stündlich in Illertissen und in Kellmünz hält. Dafür haben sich die Abgeordneten nun in einem Schreiben an den Verkehrsstaatssekretär Dr. Andreas Scheuer und an den für Bayern zuständigen Bahnbevollmächtigten Klaus-Dieter Josel gewandt.



Ein stündlicher Halt des Regionalexpresses in Illertissen und – wenn möglich – in Kellmünz sei notwendig, damit die Bewohner der Iller-Region auch nach dem Fahrplanwechsel im kommenden Winter stündlich ihren ICE-Anschluss in Ulm erreichen können, sind die Abgeordneten überzeugt. Dies sei mit dem bisher geplanten Fahrplan nicht gegeben, nach welchem für Zugfahrer aus der Iller-Region hohe Wartezeiten in Ulm entstehen werden, bis der nächste ICE startet. *Lesen Sie weiter www.josef-rief.de*

13.03.2011 Sonntagskaffee mit Stefan Mappus

Am vergangenen Wochenende kam Ministerpräsident Stefan Mappus in den Kreis Biberach zum Sonntagskaffee in Mittelbiberach. Neben den örtlichen Abgeordneten Peter Schneider, MdL, und Josef Rief, MdB, waren auch Innenminister Heribert Rech, Landwirtschaftsminister Rudolf Köberle und Umweltministerin Tanja Gönner in Mittelbiberach. Auf dem Foto (v.l.n.r.): Peter Schneider, Josef Rief, Otto Deeng, Stefan Mappus

Mehr Fotos finden Sie auf der Internetseite der CDU Kreis Biberach



10.03.2011 Politischer Fastendonnerstag in Erolzheim

Der "Politische Fastendonnerstag" der CDU-Ortsverbände im Illertal ist mittlerweile schon Tradition. So fand auch in diesem Jahr am 10. März 2011 diese Veranstaltung in der neu eröffneten Mehrzweckhalle der Gemeinde Erolzheim statt. Grußworte sprachen der Kreisvorsitzende Josef Rief, MdB, und der Erolzheimer Bürgermeister Jochen Ackermann. Als Hauptredner referierte vor rund 250 Gästen der Generalsekretär der CSU, Alexander Dobrindt MdB. *Lesen Sie mehr auf www.josef-rief.de*